

An der gesamten Strecke mitreden

KREISTAG Planfeststellungsverfahren für komplette Hunsrückbahn begrüßt / Zuschüsse für Jugendarbeit neu geordnet

Vom 23.06.2010

Von Heinz-Günther Mades

KREIS BAD KREUZNACH. Begrüßenswert sei es, dass die Landesregierung nun für die gesamte Strecke der Hunsrückbahn ein Planfeststellungsverfahren einleite, sagten Kreistagsmitglieder in der jüngsten Sitzung. Ursprünglich war ja lediglich vorgesehen, nur in Neubauabschnitten - etwa bei Guldental - ein solches einzuleiten, brachte Roland Bott (FWG) in Erinnerung.

FDP-Fraktionschef Thomas Bursian erfuhr auf seine Anfrage von Landrat Franz-Josef Diel, dass nach Auskunft des Mainzer Verkehrsministeriums voraussichtlich ab September zwischen Flughafen Hahn und der Verbandsgemeinde Kirchberg das Verfahren beginne. Für den Abschnitt VG Simmern bis Langenlonsheim werde es vermutlich Ende 2010 losgehen. Vor Einleitung der Planfeststellung soll noch eine Sitzung des politischen Koordinationsrates, in dem Landrat Diel vertreten ist, stattfinden. Warum das Land sich für die weitergehende Beteiligung von Behörden und Bürgern entschieden hat, wusste Diel nicht.

Kreistagsmitglied Julia Klöckner (CDU) regte an, wenn man sich die Sorgen und Bedenken der Einwohner anhöre, nicht nur das Gespräch mit der Bürgerinitiative Windesheim zu suchen, sondern eine Einladung an alle Gruppierungen auszusprechen. Denn neuerdings gebe es auch eine Initiative in Guldental.

Zwang zum Sparen gefährdet Jugendarbeit

Rückwirkend ab Januar soll für hauptamtliche pädagogische Fachkräfte der Jugendverbandsarbeit sowie der anerkannten freien und kommunalen Träger der Jugendhilfe ein Personalkostenzuschuss gewährt werden. Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses änderte der Kreistag einstimmig die bisherigen Richtlinien.

Martina Hassel (SPD) legte die Bezuschussung den Kreistagskollegen besonders ans Herz. Sie sieht die hauptamtliche Jugendarbeit angesichts knapper werdender Finanzen zunehmend gefährdet. Deshalb sei es zwingend, etwas zu tun, um die wenigen Hauptamtlichen zu stützen. Allein auf Ehrenamtliche zu setzen, reiche nicht.

Ludger Nuphaus (Grüne) bedauerte, dass sich die Kirchen zunehmend aus der Jugendarbeit herauszögen. Er sieht hier eine falsche Prioritätensetzung. Darauf erwiderte Julia Klöckner, dass die Kirchen dem Staat viele Aufgaben abnehmen. Dr. Michael Vesper (SPD) stellte heraus, dass die Kirchen aus demografischen Gründen immer weniger Geld hätten. Tatsache sei aber, dass zuerst bei Pfarrern und Pastoren gespart werde.

Wolfgang Zimmer (FWG) betonte noch einmal, dass Jugendarbeit eine staatliche Aufgabe sei. Wenn sich immer mehr Einrichtungen zurückzögen, werde die Jugend als solche auch immer mehr gefährdet. Eine solide Jugendarbeit trage Früchte. Adelheid Schmidt (CDU) unterstrich, dass mit der Neuregelung der Bezuschussung mehr Gerechtigkeit geschaffen werde.

Künftig können die Träger der Jugendhilfe bis zu 7700 Euro erhalten. Dies gilt zum Beispiel für Jugendpfleger auf Verbandsgemeindeebene.